

Zensur der Ausstellung: 'Bilder gegen ein K(l)assengesetz'

Die Ausstellung zum §218, die in Westberlin im Januar dieses Jahres in der Galerie Franz Mehring gestartet ist, wurde inzwischen in mehreren Städten der BRD, wie Hamburg, in Saarbrücken aus Anlaß des 80. Deutschen Ärztetages, in Freiburg, Buxtehude und Oberhausen gezeigt. Die Ausstellung macht den Versuch den bereits 100-jährigen Kampf um die Abschaffung des §218 mit historischem und aktuellem Bildmaterial zu dokumentieren, indem die unterschiedlichen Argumente auf einer sinnfälligen, anschaulichen Ebene vorgestellt werden. Darüber hinaus verfolgt sie den Zweck "die Ausbreitung und Analyse der eigenen Formen von bildlicher Aktion und Argumentation in einem politischen Kampf mit dem Ziel einer Kritik der Waffen und erst dadurch vermittelt auch selbst wieder zur Agitation zu werden." (Die Arbeitsgruppe)

Welche Resonanz die Ausstellung bisher in der Öffentlichkeit gefunden hat, zeigen folgende Zitate. W. Rhode schreibt in der FR vom 9.2.77

"Es war ein Bonner Minister, der Strafrechtler Werner Maihofer, der im Zusammenhang mit dem Paragraphen 218 den Begriff "Klassenjustiz" gebrauchte. Schon 1973 sagte er sehr deutlich: Eine Justiz, die "im Regelfall nur die unteren Klassen oder gesellschaftlichen Schichten betrifft und erfaßt, verdient nach meiner Überzeugung in der Tat den Namen 'Klassenjustiz'. Die Berliner Arbeitsgruppe "Paragraph 218" war also -eingedenk auch so mancher öffentlicher Äußerung von ärztlichen Standesfunktionären - nicht schlecht beraten, als sie für eine dokumentarische Ausstellung... den Titel wählte: "Bilder gegen ein K(l)assengesetz".

Radio Bremen, Abteilung Kultur, am 27.1.77 :

"Der Titel der Ausstellung weist die Richtung: Bilder gegen ein Klassengesetz, dabei das L in Klammern gesetzt, also auch Bilder gegen ein Kassengesetz! Dazu gleich auf der Umschlagseite des Katalogs der Satz: "Der §218 ist mehr als nur ein Paragraph, der Abtreibung verbietet oder erlaubt, er drückt alle Frauenverachtung und Frauenfeindlichkeit aus, die in dieser Gesellschaft herrscht. Klare Fronten sind abgesteckt für Vernebelnde Differenzierung mögen die sorgen, die es nichts angeht."

Familienministerin Antje Huber schreibt auf eine Anfrage Berliner ASF-Frauen, die Ausstellung in Bonn zu zeigen, daß sie es bedauert die Ausstellung nicht im Ministerium zu zeigen schlägt aber das Parteihaus vor, ... Ich bedaure, keinen anderen Bescheid gehen zu können. Meine Ablehnung ändert nichts an der Tatsache, daß ich die auf den Plakaten zum Ausdruck kommende Empörung über die von vielen Frauen bis zur Gegenwart erlittene entwürdigende Behandlung gut verstehen kann." (Brief vom 1. März 1977)

In Nürnberg nun, wird bevor die Ausstellung noch gezeigt werden kann, der Ausstellungskatalog der Rechtsabteilung der Stadt zur Begutachtung vorgelegt, die zu einer strafrechtlichen Würdigung von 19 Plakaten kommt, die hinfert nicht mehr in einer Ausstellung gezeigt werden dürfen. (nach Begutachtung des Nürnberger Rechts-Sprecher)

Aus diesem Musterbeispiel männlicher 'Klassenjustiz' hier einige Zitate: